

Die Niederlande

Alfred Pijpers / Bart van Mourik

Die niederländische Position wurde im vergangenen Jahr vorwiegend von drei Entwicklungen geprägt: die Krise bezüglich des Stabilitäts- und Wachstumspakts, die Vorbereitungen des niederländischen EU-Ratsvorsitzes (in der 2. Jahreshälfte 2004) und die Verhandlungen über die europäische Verfassung. Vor allem innenpolitisch führte darüber hinaus auch die Wahl des Europäischen Parlamentes zu einer gewissen Aufmerksamkeit. Das niederländische „Europateam“ wurde im Dezember 2003 mit dem neuen Außenminister Bernard Bot, Nachfolger des zum NATO-Generalsekretär gewählten Jaap de Hoop Scheffer, substantiell verstärkt. Bot gilt als ein äußerst sachkundiger Karrierediplomat, der dank seiner zehn Jahre als Ständiger Vertreter in Brüssel über enorme europäische Dossierkenntnisse und entsprechende Netzwerke in den europäischen Institutionen verfügt. Seine Expertise kommt der niederländischen Ratspräsidentschaft sehr gelegen.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt

Finanzminister Gerrit Zalm hat sich 1996/1997 zusammen mit seinem deutschen Kollegen Theo Waigel für die Einführung des Stabilitätspaktes und die darin enthaltenen Vorgaben der Haushaltsdisziplin stark gemacht. Heute ist Zalm erneut Finanzminister (und Vizepremier) im 2. Kabinett Balkenende und er betrachtet die Versuche Deutschlands und Frankreichs, sich den strengen Vorgaben des Wachstums- und Stabilitätspaktes (insbesondere der 3%-Norm) zu entziehen, mit verständlichem Widerwillen. Die niederländische Regierung ist der Meinung, dass auch in Zeiten wirtschaftlicher Rezession nur die Einhaltung europäischer Vereinbarungen die Stabilität des Euro, niedrige Inflation, solide Staatshaushalte, ein nachhaltiges Wachstum von Wirtschaft und Beschäftigung sicherstellen können. Am frühen Morgen des 25. November 2003 eskalierte der seit Monaten schwelende Konflikt in der ECOFIN-Ratssitzung der Finanzminister (unter italienischem Vorsitz). Die Europäische Kommission hat den Vorschlag eingereicht, gegen Deutschland und Frankreich wegen wiederholter Überschreitung der Haushaltsnormen Sanktionen zu verhängen. Durch engagierte Lobbyarbeit gelang es den beiden, eine Mehrheit im Rat zu organisieren, die die Kommissionsempfehlungen ablehnte. Nur Finnland, Österreich und Spanien unterstützten Zalm in seiner Opposition.¹ In den Wochen danach gab es in Den Haag noch Überlegungen, wegen der Ratsentscheidung den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg anzurufen, aber diese Idee wurde aus politisch-taktischen Gründen fallen gelassen. Wegen des nahenden niederländischen Ratsvorsitzes konnte Den Haag sich keine Konfrontation mit Paris und Berlin leisten. Dem Diplomaten Bot gelang es, dem empörten Zalm impulsive Aktionen auszureden. Dennoch befürwortete Den Haag die von der Europäischen Kommission selbst gegen die ECOFIN-Entscheidung vom November eingeleiteten Schritte und Zalm war mit dem Urteil des Luxemburger Gerichtshofes vom 13. Juli

¹ Übersetzt aus dem Niederländischen von Wim van Meurs..

1 NRC Handelsblad, 29. November 2003.

2004 sehr zufrieden, in dem der Kommission (und somit implizit auch den Niederlanden) dahingehend Recht gegeben wurde, dass die rechtlichen Verpflichtungen des Stabilitätspaktes nicht unterlaufen werden dürfen.

Der EU- Ratsvorsitz

Obwohl die Niederlande den rotierenden EU-Ratsvorsitz erst ab dem 1. Juli 2004 für ein halbes Jahr innehatten, begann die Vorbereitungsphase viele Monate vorher. Premier Balkenende und Minister Bot unternahmen bereits Anfang 2004 eine grand tour der europäischen Hauptstädten und verschiedener Zentren der Weltpolitik wie Beijing und Washington. Minister Bot besuchte außerdem den Mittleren Osten (inkl. einer Begegnung mit Arafat im Mai 2004).² Die meisten Ministerien bildeten Arbeitsgruppen, um die vielen Zusatzaufgaben zu meistern. Für Hunderte Beamte in Den Haag wurden Fortbildungen organisiert, um sie auf die europäischen Themen besser vorzubereiten. Im Mai 2004 verabschiedete die Regierung eine ausführliche Stellungnahme zu den Prioritäten ihres EU-Vorsitzes. Diese Stellungnahme ergänzte das Strategische Mehrjahresprogramm 2004-2006 und das operationelle Irisch-Niederländische Jahresprogramm 2004, in denen die Niederlande zusammen mit anderen Mitgliedsländern die mittelfristigen EU-Pläne bereits skizziert hatten.³

Für die 2. Jahreshälfte 2004 visiert Den Haag politische Initiativen in 5 breit definierten Bereichen an: (1) EU-Erweiterung, (2) nachhaltige Verstärkung der europäischen Wirtschaft und Deregulierung, (3) der Raum von Freiheit, Sicherheit und Recht, (4) die künftigen Finanzen und Haushalt der Union (Agenda 2007), (5) eine schlagfertige, kohärente und engagierte Außenpolitik. Innerhalb dieser breiten Themen wurden zahlreiche ziemlich detaillierte Wünsche und Prioritäten festgeschrieben. Das Ergebnis ist, wie üblich, ein überladenes Programm, das außerdem noch eine Reihe heikler internationaler Themen umfasst. Zu den heiklen Themen, die den Vorsitz auf die Probe stellen werden, gehört sicherlich der mögliche türkische EU-Beitritt. Der niederländische Vorsitz möchte sich nach eigenem Verlauten besonders „den Normen und Werten“ widmen, ein Thema, das auch innenpolitisch zu Balkenendes bevorzugten gehört. Unter niederländischem Vorsitz wird nicht nur das neu gewählte Europäische Parlament, sondern auch eine Kommission in neuer Zusammensetzung (zum 1. November) antreten. Premier Balkenende ist es jedoch bereits bei Gelegenheit der Fußballeuropameisterschaft in Portugal im Juni gelungen, gute Beziehungen zum designierten Kommissionsvorsitzenden José Manuel Barroso aufzubauen. Nicht zuletzt durch diese frühzeitigen Kontakte gelang es ihm in den darauf folgenden Wochen, sich den gewichtigen Wettbewerbsposten für die neue Kommissarin Neelie Kroes zu sichern.

Regierungskonferenz und Verfassung

Das dritte große europäische Projekt, auf das sich die Niederlande – und nicht nur sie – sich konzentrierten, war die Regierungskonferenz über den Vertragsentwurf für eine Verfassung für Europa, die offiziell am 4. Oktober 2003 unter italienischem Vorsitz mit einem

2 Dieser Absatz basiert auf: Alfred Pijpers: „Crisis kan Nederlands EU-voorzitterschap lelijk opbreken“, *Internationale Spectator* 53/6 (2004), S. 285-6.

3 Tweede Kamer 2003-2004, 29 361, nr. 5 (28. Mai 2004). In diesem Vermerk finden sich auch Verweise auf frühere Mehrjahresprogramme.

Gipfeltreffen der europäischen Staats- und Regierungschefs eröffnet wurde. Die niederländische Regierung hatte die Ergebnisse des Konvents als einen „ausgewogenen Kompromiss“ begrüßt.⁴ Sie war bestrebt, im Prinzip „so nah wie möglich an der Vorlage des Konvents“ zu bleiben. Hiermit schloss sich die Regierung Balkenende Italien und den anderen Mitgliedstaaten an, die der Meinung waren, dass während der Regierungskonferenz nur eine kleine Zahl von Themen erneut zur Diskussion gestellt werden durfte. Insbesondere wurde es als unangebracht angesehen, in den Regierungskonferenzberatungen neue „intergouvernementale Elemente“ vorzubringen. Das Kabinett war bestrebt, den auf die Gemeinschaft ausgerichteten Charakter des Vertragsentwurfes beizubehalten. Dennoch waren auch aus seiner Sicht Verbesserungen im Text denkbar. Die Niederlande dachten dabei vor allem an: gleichen Zugang zum Amt des EU-Ratsvorsitzenden, die Eliminierung des Gesetzgebenden Rates, Beibehaltung der Einstimmigkeit im Bereich über die finanziellen Perspektiven, verstärkte Involvement des Europäischen Parlamentes bei der Wahl des Kommissionspräsidenten. Die Regierung forderte auch „mit Nachdruck“ Berücksichtigung eines Verweises auf die jüdisch-christliche Tradition in der Präambel der anvisierten Verfassung. In verschiedenen Politikbereichen (z.B. Sozialpolitik und freiem Verkehr von Dienstleistungen) konnten nach ihrer Meinung die Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit ausgeweitet werden, aber in der strafrechtlichen Zusammenarbeit befürwortete sie die Fortschreibung der Einstimmigkeitsregel.

Der Misserfolg der Verfassung während des Brüsseler Gipfels vom 12.-13. Dezember 2003 wurde in Den Haag nicht allzu tragisch genommen. Besser kein Vertrag als ein schlechter Vertrag, urteilten manche Parlamentsabgeordneten. Auch der Regierung Balkenende war eine gewisse Verzögerung nicht unrecht, da ein mögliches Referendum über die Verfassung dadurch erst nach Ende des niederländischen EU-Vorsitzes stattfinden würde. Ein negatives Volksbefragungsergebnis während der Präsidentschaft hätte die Regierung in ernste Verlegenheit bringen können.⁵ Manche hofften außerdem, dass durch das Fiasko von Brüssel die Schlussphase der Regierungskonferenzverhandlungen in die niederländische Ratspräsidentschaft fallen würde.

Dennoch gab es in Den Haag breites Lob, als es der beharrlichen irischen Präsidentschaft gelang, das Problem zu einem guten Ende zu bringen. Die Regierung nannte das Endergebnis vom 12.-13. Juni 2004 „ein historisches Moment“. Für die Niederlande, die als Nettozahler pro Kopf mehr in den EU-Haushalt einzahlen als jedes andere Mitgliedsland ist es vorteilhaft, dass das Einstimmigkeitsprinzip für die finanzielle Vorausschau im Wesentlichen bestehen bleibt. An diesem Punkt zeigte sich Außenminister Bot sehr hartnäckig. Auch die Tatsache, dass die Bevölkerungszahlen jetzt die frühere Stimmgewichtung ersetzen, ist für die Niederlande kein Nachteil. Obwohl durch die neuen Stimmverhältnisse und Mehrheitsregel der Einfluss der großen Länder gewachsen ist, können die Niederlande (mit einer Bevölkerung von 16,6 Mio.) sich ab jetzt mit einiger Berechtigung als Größten der 19 Kleinen betrachten. Es ist der Regierung aber nicht gelungen eine Formulierung über die „jüdisch-christliche Grundlage“ in die Präambel des Verfassungsentwurfes aufnehmen zu lassen.

Die feierliche Unterzeichnung des Vertrages für die Europäische Verfassung wird am 29. Oktober 2004 in Rom stattfinden. Danach muss das Dokument noch von allen

4 Regierungserklärung zur niederländischen Position in der Regierungskonferenz, Den Haag, Ministerie van Buitenlandse Zaken, DIE-518/03, 16. September 2003.

5 NRC Handelsblad, 15. Dezember 2003.

Mitgliedsländern nach der jeweiligen nationalen Prozedur ratifiziert werden. Erstmals in der Geschichte wird hierzu in den Niederlanden ein Referendum abgehalten. Im Parlament haben die sozialdemokratische PvdA, die sozialliberale D'66 und die Grünen von GroenLinks am 22. Mai 2003 eine Gesetzesinitiative gestartet. Dieses Gesetz wurde vom Parlament bereits gebilligt und wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch die Zustimmung des Senats finden. Das Referendum wird eine nicht-bindende Volksbefragung sein, in dem das Parlament als Volksvertretung das Volk befragt. Das Parlament kann somit der Europäischen Verfassung zustimmen, auch wenn die Bevölkerung mit „Nein“ stimmt. In der politischen Praxis werden jedoch Parlament und Regierung jedoch das Befragungsergebnis respektieren. Das Referendum ist somit politisch riskant und auch nicht unumstritten angesichts der strikt parlamentarischen Tradition der niederländischen Demokratie. Das Referendum wird im März 2005 erwartet. Vielleicht bieten die Europawahlen vom Juni 2004 Hoffnung: Trotz aller Anzeichen wachsender Euroskepsis war bei der Gelegenheit die Wahlbeteiligung in den Niederlanden 10% höher als 1999.

Weiterführende Literatur

- Bob van den Bos: Europa; wat heb ik eraan ?, Europees Parlement, 2003.
- Dalia Dassa Kaye / Alfred Pijpers (Hrsg.): Transatlantic Dialogue on Middle East Policy, Conference Report, Den Haag, Instituut Clingendael, 2004.
- Theo van den Doel: De Militaire Ambities van de Europese Unie, Den Haag, Instituut Clingendael, 2004.
- J.L. Kleuters / Mechthild Ragg (Hrsg.): Christdemokratische Positionen in den Niederlanden, der Bundesrepublik Deutschland und Europa, Nijmegen, Centrum voor Duitsland- Studies, 2003.
- G.H. Oonk: De Europese integratie als bron van onderwijsinnovatie, Alkmaar, Centraal Bureau, 2004.
- H. Pellikaan et.al.: Verkiezing van het Europees Parlement, verkiezingsprogramma's met CD-rom, Amsterdam, Rozenberg publishers, 2004.
- Monika Sie Dhian Ho / Mendeltje van Keulen: The Dutch at the Helm – Navigating on a rough Sea, The Netherlands 2004 Presidency of the European Union, Brussel, Notre Europe, Juni 2004.